

Rück- und Ausblick: Halbzeitbilanz nach dem Regierungswechsel

Außenpolitik im „zweiten Bildungsweg“

Paul Schulmeister

Die Außenpolitik der rot-grünen Regierung erinnert – ohne jeden abwertenden Unterton – an eine Außenpolitik „im zweiten Bildungsweg“. Das Überraschendste war die Kontinuität, das Hervorstechendste die Lernfähigkeit. Gleichwohl zeigen sich nach zwei Jahren Mängel, die sich vor allem in der Europapolitik als schädlich erweisen. Nichts braucht der Integrationsprozess heute mehr als die Überzeugungs- und Visionenkraft politischer Führer, die sich auf das volle Vertrauen der anderen stützen können und der EU zum überfälligen Qualitätsprung verhelfen. Das populistische Meisterwerk einer Benzinkrise reicht nicht. So groß anfangs die Sorgen von Nachbarn und Verbündeten über vermutete rot-grüne Kursschwankungen und Unberechenbarkeiten waren, so groß ist die Erleichterung über ihr Ausbleiben. Mehr noch: Professionalität und Sensibilität Joschka Fischers verblüfften. Wie erfolgreich sich der einstige Straßenkämpfer und Taxifahrer um das Vertrauen seines diplomatischen Apparates bemühte, wie kämpferisch (wenn auch allzu moralisch aufgeladen) er die Kosovo-Herausforderung annahm, und wie konsequent er seine Grüne Partei zum schmerzhaften Abschied von pazifistischen Illusionen (und damit zur Regierungsfähigkeit)

zwang: Das waren geglückte Metamorphosen. Der Tatsache einer rot-grünen Regierung ist es auch zu verdanken, dass die Bevölkerung den ersten Kampfeinsatz deutscher Truppen seit 1945 zwar aufgereggt, aber ohne Massenaufmärsche hinnahm – einem „Kriegskanzler“ der CDU wäre dies kaum gelungen.

Noch während des Golfkrieges zu Beginn der Neunzigerjahre traute sich Deutschland seine soeben wiedergewonnene volle Souveränität nur durch die Entsendung von sieben Minenräumbootsunter Beweis zu stellen – ansonsten blieb Bonn aus Rücksicht auf den latenten Argwohn gegen das geeinte Deutschland bei der erprobten Scheckbuchdiplomatie. Fast abenteuerlich schnell erfolgte dann acht Jahre später die Reise in die außenpolitische Normalität einer „europäischen Zentralmacht“. Rot-Grün schickte in voller Bündnis-Solidarität Soldaten in einen Krieg (noch dazu auf den von schwersten Erinnerungen belasteten Balkan), und Bundeskanzler Schröder machte den Generationenwechsel dadurch absichtsvoll deutlich, dass er offen von „nationalen Interessen“ und von Deutschland als „Großmacht“ sprach. Unausgesprochenes Motto: Nur keine Selbstverkleinerung durch ein Herumgerede, dem niemand mehr glaube.

Die Rechnung ging auf, weil die Regierung im Kriegsjahr 1999 erfolgreich bemüht war, bei den Verbündeten nicht als Unsicherheitselement zu erscheinen. Westbindung und europäische Integration blieben ganz selbstverständlich die Hauptkoordinaten. Noch im Dezember 1998 hatte Schröder bramaßbasiert, die Hälfte aller EU-Nettozahlungen, die in Brüssel „verbraten“ würden, kämen aus Deutschland, künftig werde nicht mehr jede europäische Krise dadurch gelöst, dass die Deutschen bezahlten. Doch wenige Monate später verhielt sich Schröder beim Berliner EU-Gipfel wie sämtliche Kanzler vor ihm. Er wollte die „Agenda 2000“ als eine der wichtigsten finanziellen Voraussetzungen für die Osterweiterung wenigstens virtuell über die Bühne bringen. Um also Deutschlands ungebrochenes Interesse am Integrationsprozess zu beweisen, war Schröder unter dem Druck Frankreichs zu großen Konzessionen bereit (sie genügen nur nicht im Geringsten). Zwar war das Jahr nach dem Wahlsieg für Schröder innenpolitisch ein *annus horribilis* – außenpolitisch aber war es mit dem Kosovo-Krieg, der mehrfachen Ratspräsidentschaft (EU, WEU, G7/8, Schengen) sowie dem Kölner Weltwirtschaftsgipfel eine einzigartig schwierige, grosso modo bestandene Lehrzeit.

Schröders Herkunft, sein politischer Aufstieg und seine Durchsetzung in jahrelangen Machtkämpfen mit Scharping und Lafontaine hatten ihn mit der Außenpolitik wenig vertraut gemacht, ja sie gering schätzen lassen. So ließ er sich einst häufig zu unbesonnenen Kraftsprüchen hinreißen – von den neuen Bundesländern, die man „leider nicht an Polen abtreten“ könne, bis zum Euro als „kränkelnder Frühgeburt“. Heute passieren solche Fehlgriffe nur selten, etwa als er vor wenigen Wochen (unbekümmert

um die Wirkung auf die Finanzmärkte) meinte, derschwache Euro gebe wegen der dadurch besseren Exportchancen „keinen Anlass zur Sorge“, oder als er die Absicht, mit seinem neuen Duzfreund Präsident Putin ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, durch den Satz unterstrich, Berlin setze auf die „strategische Partnerschaft“ mit den Russen – solche Floskeln sind irreführend, denn eine wirkliche „strategische Partnerschaft“ hat Deutschland (und die EU) auch künftig nur mit den USA.

Zu den außenpolitischen Anfängerfehlern von Rot-Grün zählen neben dem Hineintappen in verbale Fettnäpfchen auch Joschka Fischers unbedarfter Alleingang gegen die amerikanische Strategie des nuklearen Erst-einsatzes, ebenso Schröders internationale Personalpolitik mit dem Brecheisen: den innerpolitisch zur Belastung gewordenen Bodo Hombach ohne große Rücksicht auf die EU-Partner nach Brüssel abzuschieben sowie der spätere, an den USA schmählich gescheiterte Versuch, Caio Koch-Weser zum neuen IWF-Chef zu machen. Das waren Lektionen, die Gerhard Schröder verstanden hat. Auch Helmut Schmidt und Helmut Kohl brauchten zwei Jahre, bis sie die Regierungsgeschäfte beherrschten. Wie aber sieht die Halbzeitbilanz im Detail aus, nachdem klar wurde, dass die viel beschworene „Berliner Republik“ nur ein Phantom ist, das durch die Feuilletons geistert, die außenpolitische Orientierung aber die gleiche blieb?

Die entscheidende Veränderung passierte schon vor zehn Jahren. Das Ende der deutschen Teilung war auch das Ende der Blockkonfrontation in Europa. Doch zugleich tauchten in Osteuropa, nicht nur am Balkan, nationale Konflikttherde auf, die unter der kommunistischen Zwangsherrschaft Jahrzehntelang im Tiefkühlfach lagen. Krieg

wurde wieder zur Realität, nur eine Flugstunde von Mitteleuropa entfernt. Die Bundesrepublik hatte seit ihrer Gründung gelernt, Deutschlands Interessen nie wieder im Alleingang, sondern stets europäisch zu definieren. Nun steht sie (beziehungsweise die Fünfzehnergemeinschaft) seit der Wende vor folgenden unabweisbaren Herausforderungen:

Europäische Herausforderungen

Erstens, den in Jahrzehnten geschaffenen eigenen Stabilitätserfolg nach Osteuropa zu exportieren, widrigenfalls die EU von einer Destabilisierung aus dieser Weltrichtung bedroht wird. „Dabei geht es nicht bloß um eine Osterweiterung der Union, sondern um die Wiedervereinigung Europas“, mahnt Tadeusz Mazowiecki Westeuropas zaghafte Führung. Auch Schröder und Fischer haben bei der öffentlichen Vermittlung dieser Jahrhundertchance bisher versagt – hier sind weit mehr Mut, Leidenschaft und *Leadership* nötig.

Die zweite Herausforderung liegt in der Frage einer eigenständigen Verteidigungsdimension der EU einerseits, einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung andererseits, die auch Nicht-EU-Mitglieder umfasst. Dabei geht es nicht nur um das Verhältnis zu Russland (und zur Ukraine), diese Aufgabe betrifft auch die anderen GUS-Mitglieder sowie die Balkanregion. Der NATO-Russland-Rat ist ein Erfolg versprechender Ansatz. Mit dem „Fischer-Plan“ hat der deutsche Außenminister viel dazugetan, in der Schlussphase des Kosovo-Krieges Russland „wieder ins Boot zu holen“. Beim Stabilitätspakt für den Balkan hat die rot-grüne Regierung ebenfalls ihr Anliegen einer verstärkten Politik der Krisenprävention, Demokratisierung und des Menschenrechts-Engage-

ments unter Beweis zu stellen vermocht. Dass manches bei der Realisierung an Grillparzers Wort über die Habsburger erinnert („auf halben Wegen und zu halber Tat mit halben Mitteln zauderhaft zu streben“), kann man Berlin nicht vorwerfen, es ist Teil der seit langem vorhandenen europatypischen Dünnglüttigkeit.

Diese unleugbare Formatschwäche der europäischen Eliten führt immer wieder dazu, richtige Einsichten nur halbherzig zu realisieren. Beispiel eins: Joschka Fischer setzt ganz auf den Multilateralismus, Schröder versucht Putin die Vorteile eines Stabilitätspaktes auch für die Kaukasusregion schmackhaft zu machen. Dafür wäre die OSZE zuständig, doch deren amtierende Vorsitzende heißt Benita Ferrero-Waldner – und mit der österreichischen Außenministerin darf man um Gottes willen (noch) nicht zusammentreffen. Berlin lässt das Instrument der OSZE ungenutzt – ein gravierender Fehler. Beispiel zwei: Im Dezember 1999 beschloss die EU in Helsinki den Aufbau eigener Krisenreaktionskräfte als Lehre aus dem Kosovo-Krieg (also der damals vollen Abhängigkeit von den USA). Die 60 000 Mann starke Interventionstruppe soll in drei Jahren einsatzbereit sein, doch wenn man die Verteidigungshaushalte betrachtet, scheint niemand ernstlich daran zu glauben. Auch der deutschen Regierung sind ein paar Milliarden D-Mark für eine populäre Entfernungspauschale wichtiger als die Glaubwürdigkeit der Zusagen von Helsinki.

In Washington wird freilich genau registriert, dass Europa zwar mehr verteidigungs-politische Selbstständigkeit (für Krisen im eigenen „Hinterhof“) anstrebt – etwas, was die USA selbst lange gefordert hatten –, dass aber Europa durch zu geringe Anstrengungen letztlich doch wieder auf amerikani-

sche Hilfe angewiesen sein würde. Mit anderen Worten: dass die EU nicht nur zur sicherheitspolitischen „Konkurrenz“ werden, sondern – schlimmer noch – durch eigene Schwäche die USA in ungewollte Konflikte hineinziehen könnte. Dieses Misstrauen ist nachvollziehbar. Es ist nur behebbar durch eine Doppelstrategie von mehr europäischer Glaubwürdigkeit und einer gezielten Wiederbelebung des transatlantischen Dialoges. Nur so kann Europa auch hoffen, seine berechtigten Einwände gegen die Pläne eines Raketenabwehrsystems (NMD) im amerikanischen Alleingang erfolgreich geltend zu machen. Kaum verhohlen zu drängeln, um einen Ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat zu gewinnen, verschafft gewiss nicht mehr Gewicht bei den amerikanischen Freunden.

Transatlantisches Fundament

Die Partnerschaft mit den USA bleibt für Europa das entscheidende Fundament in einer Welt im grundstürzenden Wandel – alles andere wäre Illusion. Doch seit dem Ende des Kalten Krieges werden die transatlantischen Bindungen dünner. Man denke an die drohenden Handelskriege, an die ambivalente US-Haltung zum Euro oder an den amerikanischen Unilateralismus, etwa beim Nein zum Atomstopp-Vertrag oder hinsichtlich der UNO. Gerade was NMD betrifft, muss Deutschland höchstes Interesse daran haben, jede Abkoppelung der Sicherheit Amerikas von der Europas zu verhindern. Bisher ist nicht erkennbar, dass die Berliner Regierung viel für eine gemeinsame Position der EU-Partner erreicht hätte. Doch genau diese Führungsrolle (neben Frankreich und Großbritannien) fällt dem wieder vereinigten Deutschland zu. Gewiss, es ist eine Gratwanderung. Forciert Berlin

allzu sehr seine neue Verantwortungsbereitschaft, macht es sich bei den kleineren EU-Mitgliedern verdächtig, zum Beispiel zu forschen ein „deutsch-französisches Direktorium“ anzustreben. Bleibt aber Berlin bei der historisch gebotenen (verbalen und optischen) Zurückhaltung, gewinnt es womöglich das Image eines Drückebergers. Hier ist viel Fingerspitzengefühl vonnöten – eine Eigenschaft, über die Bundeskanzler Schröder nicht gerade reichlich verfügt.

Die Kurzcharakterisierung der alten Bundesrepublik – „wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg“ – will die Europäische Union für sich selbst nicht gelten lassen. Man spürt die eigenen Muskeln und spannt sie gelegentlich bereits an. Hier liegt die dritte große Herausforderung seit der Wende. Die EU muss sich „vertiefen“, um angesichts ihrer Erweiterung auf 27 oder mehr Mitglieder nicht in das Risiko ihrer Selbstblockade zu laufen (also die Gefahr ihres Zerfalls durch „overstretch“ wie im alten Rom). Noch fordert zu viel, wer „Europas Telefonnummer“ verlangt, um eine einzige Stimme zu hören. Doch diese Geschlossenheit wird nötig werden, um Europas Eigenständigkeit (seine Lebensart, Wertorientierung, sein Sozialsystem) in den Stürmen der Globalisierung zu behaupten. Die Einführung des Euro war die bisher wichtigste Antwort auf diese Toynbee'sche *challenge*.

Doch an der unabdingbaren komplementären Politischen Union fehlt es bei weitem. Die „Methode Monnet“ der schrittweisen Vergemeinschaftung ist an ihr Ende gelangt – mehr wirtschaftliche Integration in der Hoffnung, dass quasi automatisch die politische folgt, ist nicht denkbar. Jetzt ist der Sprung über den eigenen Schatten gefragt: Mehr Supranationalität – aber wie? Joschka

Fischers Grundsatzrede an der Humboldt-Universität über eine europäische „Föderation der Nationalstaaten“ (12. Mai 2000) hat zu Recht großes Aufsehen erregt. Doch warum sprach der Außenminister als „Privatmann“? Welche Rücksicht ließ hier die deutsche Regierung zurückzucken?

Gerade die überraschend klare Ablehnung des Euro durch die Dänen (28. September 2000) – in Wahrheit also das angstverfüllte Nein der Kleinen zu „mehr Europa“ qua „Direktorium“ zeigt, was zu tun ist. Das Gleiche offenbaren die panikartigen Reaktionen auf Günther Verheugens absichtsvoll lancierten Alarmruf (nach „Volksentscheiden“). Unter der Oberfläche in Europa brodelt es. Die Kluft zwischen den Regierenden und den Regierten wächst – ein erstklassiger Nährboden für Rechtspopulisten à la Haider. Wenn aber das Funktionieren der EU auch in Zukunft die Grundbedingung für ein allseits akzeptiertes, allseits gebrauchtes Deutschland darstellt, liegt der wichtigste Beurteilungsmaßstab für Rot-Grün in der Europapolitik. Und genau hier zeigen sich die klarsten Schwächen einer „Außenpolitik im zweiten Bildungsweg“.

Entscheidende Defizite

Drei Defizite fallen besonders stark ins Auge: *Erstens* Gerhard Schröders geringe Fähigkeit, Europa als geschichtlich gewachsene Wertegemeinschaft in seiner Vielfalt zu begreifen, mehr noch: zu beachten; sein hochintaktes politisches Wahrnehmungsorgan ist eher auf die Erfassung materieller Kraftlinien (Finanzen, Jobs, Technologie) geeicht als auf die geistigen. *Zweitens* der Mangel an einer kraftvollen deutsch-französischen Gemeinschaft, die für den Herzschlag der Union – ob man es will oder auch nicht – auch in Zukunft entscheidend

bleibt. Schon in der Schlussphase der Ära Kohl sank die Pulsfrequenz, teils wegen der Spontaneität und Unberechenbarkeit Chiracs, teils wegen der schwierigen Kohabitation in Frankreich, teils wegen der zwangsläufig hervortretenden Interessengegensätze, was die *finalité* der Europäischen Union betrifft. Rot-Grün wusste um das Problem, war aber nicht im Stande, zu Paris ein Vertrauensverhältnis wie einst unter Kohl/Genscher aufzubauen. Genscher hatte die Angewohnheit, jeden Sonntag mit Roland Dumas die kommende Woche telefonisch abzusprechen. Ein vergleichsweise gut funktionierendes „Frühwarnsystem“ zwischen Fischer und Védrine ist nicht bekannt.

Darüber können sich auch kleinere EU-Länder nicht freuen, denn leidtragend sind letztlich alle. Im Übrigen: Der erste Nachbar, den der neu gewählte Bundeskanzler Kohl besucht hatte, war Luxemburg – eine von vielen Gesten der Beruhigung. Kohls Nachfolger sieht dafür keinen Anlass mehr. Hier liegt das *dritte* europapolitische Manko von Rot-Grün: die geringe Sensitivität für die Kleinen. Lieber marschiert man großspurig in Sackgassen, die durchaus vermeidbar wären. Paradebeispiel ist der Fall Österreich.

Am Rande der Holocaust-Konferenz in Stockholm einigten sich Ende Januar 2000 sozialdemokratische Parteiführer darauf, eine Regierungsbeteiligung von Jörg Haiders rechtspopulistischer FPÖ mit der Androhung einer diplomatischen Quarantäne Österreichs zu verhindern. (Die möglich gewesene Tolerierung einer SPÖ-Minderheitsregierung durch Haider hätten sie wohl tapferlos hingenommen, so scheint es.) Aus jeweils innenpolitischen Gründen – der Angst vor den eigenen Rechtsextremisten beziehungsweise der Sorge ums eigene Image –

schlossen sich auch Chirac, Aznar und der Belgier Verhofstadt den Sanktionen der EU-Vierzehn an. Sie wurden das Musterbeispiel einer gut motivierten, aber unüberlegten und total kontraproduktiven Aktion. Weder hatten die EU-Vierzehn die Natur der FPÖ richtig begriffen (Haider ist kein Neofaschist) noch hatten sie die Hauptursache von Haiders Aufstieg erkannt (seine vierzehn Jahre dauernde Ausgrenzung durch die Wiener Großkoalitionäre, verbunden mit dem unerträglich gewordenen, die Demokratie paralysierenden Machtkartell). Sie waren auch blind dafür, dass eine Fortsetzung der ausgebrannten rot-schwarzen Koalition zwangsläufig Haiders finalen Triumph bewirkt hätte; blind auch für die Folgen einer Aktion, die bei vielen Österreichern den Eindruck erweckte, sie könnten nicht mehr selbstständig entscheiden.

So verständlich die Ablehnung einer Partei war, aus deren Mitte immer wieder NS-verharmlosende und fremdenfeindliche Töne kamen (und kommen), so dilettantisch vollzogen die Vierzehn ihren Boykott. Weder hat er die neue Wiener Regierung verhindert noch gar geschwächt – ganz im Gegenteil; von Anfang an hatte niemand an eine „Exit-Strategie“ gedacht, obwohl doch jeder Mann klar war, dass ohne Zustimmung Österreichs der Reform-Gipfel in Nizza nicht glücken könne; schließlich erzeugten die tugendhaften Jakobiner bei kleineren EU-Mitgliedern und Beitrittskandidaten den verheerenden Eindruck, dass zur viel beschworenen Wertegemeinschaft künftig solche vertragswidrigen und ohne rechtliches Gehör verhängten Zensuren gehören könnten. Erst nach mehr als sieben Monaten bot der Bericht der „Drei Weisen“ die goldene Brücke zum gesichtswahrenden Rückmarsch. Dass sich ausgerechnet die deutsche Regierung, der man in Wien bes-

sere Österreich-Kenntnisse unterstellt hatte, anfangs führend an den Sanktionen beteiligte, beeinträchtigt wohl für Jahre das Vertrauensverhältnis der Nachbarn. Doch es wäre auch anders gegangen – zum Beispiel durch die Warnung der EU-Vierzehn, erst nach allfälligen Grundwerte-Verletzungen durch die neue Wiener Regierung Strafmaßnahmen gegen sie zu ergreifen. Die rot-grüne Regierung hat mit dem Österreich-Boykott und seinen angedeuteten Folgen langfristig deutsche Interessen beschädigt. Nun sind Wiedergutmachung und Schadensbegrenzung geboten. Dass sich Berlin beflissen – ja geradezu am französischen Leitseil – bemühte, nur ja nicht als Verteidiger österreichischer „Neofaschisten“ zu wirken, offenbarte im Übrigen die anhaltenden Möglichkeiten des einschlägigen Druckpotenzials gegen Deutschland.

Das Verhalten im Fall Österreich erstaunt um so mehr, als Joschka Fischers Marathonlauf zur politischen Mitte ja ansonsten (von der Kosovo-Frage abgesehen) mit einer Abkehr vom Moralismus und Menschenrechtssymbolismus verbunden war: Man denke an Fischers Eiertanz in Sachen Tschetschenien, den „Neuanfang“ mit dem Regime im Iran, das Ja zu Rüstungsexporten und den problematischen EU-Kandidatenstatus für die Türkei. Es ist ein illusionslos gewordener Pragmatismus, der den bewährten Koordinaten folgt, der nirgendwo mehr Argwohn bewirkt – der aber auch nicht den Ehrgeiz erkennen lässt zu einem „Grand design“: den konzeptionellen Versuch, gemeinsam mit den EU-Partnern und Nordamerika eine „neue Weltordnung zu entwickeln, die auf Gleichberechtigung, Ebenbürtigkeit und Kooperation gegründet ist und nicht auf Überlegenheit oder Konfrontation“ (Hans-Dietrich Genscher). Die stufenweise geglückte Nachkriegsgeschichte Eu-

ropas (bis hin zu den vielfältig verzahnten *interlocking institutions* von heute) zeigt, dass dies nicht bloße Fantasterei zu sein braucht.

Der Betrachter wäre schon glücklich, wenn die deutsche Regierung entschlossen ihre europapolitischen Hausaufgaben anpackte. Nach dem jüngsten „Eurobarometer“ (August 2000) halten nur mehr 41 Prozent der Deutschen ihre EU-Mitgliedschaft für eine gute Sache, nur 38 Prozent können sich mit der Osterweiterung anfreunden, und 55 Prozent würden (laut Emnid Institut) den Euro in einem Referendum ablehnen. Und wenn das Institut Allensbach fragt, ob Deutschland auch bei einer weiteren EU-Integration seine Identität be halten könne, sagen erstmals fünfzig Prozent: „geht verloren“ – und nur 38 Prozent: „bleibt erhalten“ (März 2000). Will man weiter eine Europapolitik machen, die ohne überfällige Kompetenzabgrenzung (in einem Verfassungsvertrag) die zunehmende Vergemeinschaftung zwangsläufig als wachsenden und immer abschreckenderen Euro-Zentralismus erscheinen lässt? Kann eine Europapolitik erfolgreich vermittelt werden, deren Hauptthemen – die drei *leftovers* von Amsterdam – in den Punkten Stimmengewichtung und Mehrheitsentscheidung im Rat nur mehr Fachleuten verständlich sind? Wie will man die Bürger für eine offene und kontroverse Debatte über Vor- und Nachteile eines Kerneuropa gewinnen – unter so sperrigen Floskeln wie „Gravitationszentrum“, „Pioniergruppe“ und „Flexibilitätsklausel“? Die Regierungen sind sich zwar des Ernstes der Lage bewusst, doch die Bürokratensprache verrät ihre visionäre Ohnmacht und Impotenz bei der Vermittlung.

Immer deutlicher zeichnet sich in der EU ein Zaudern vor der Erweiterung ab. Immer

stärker wird der Verdacht, dass Berlin und Paris ihre Wahlkämpfe 2002 nicht mit dieser unpopulären Thematik belasten wollen. Also keine Terminfestsetzung in Nizza, obwohl gerade dies dringend nötig wäre, um bei den Kandidaten die Bereitschaft zu schmerhaften Reformen nicht erlöschen zu lassen. Jacques Delors hat wieder eindringlich davor gewarnt, die Osterweiterung auf die lange Bank zu schieben – „ein Scheitern von Nizza wäre keine heilsame Krise“, warnte er Mitte September zu Recht. Wenn Gerhard Schröder deutsche Außenpolitik als „aufgeklärtes Eigeninteresse“ beschreibt, dann ist mehr verlangt als ein verwaschenes Modernisierungsprogramm für ein „Europa des Internets“, dann muss er kämpfen – für das Gelingen von Nizza und für die Erweiterung. Sie liegt im zentralen Interesse der Deutschen.

Natürlich ist Politik die Kunst des Möglichen. Die deutsche Regierung braucht nicht zuletzt europapolitische Partner, die begreifen, dass eine schwere, lang dauernde Krise in der EU genau jene nationalis tischen Geister in Deutschland wachrufen könnte, auf deren heraufdämmernde Präfiguration ein Mann wie Jörg Haider genauestens achtet. Im Klartext: Auch Frankreich wäre gut beraten, durch eigene Konzessionen eine solche EU-Krise nicht zuzulassen. Wenn es um die rot-grüne Außenpolitik geht, sollten Rückblick und Ausblick unter dem Strich balanciert und nicht voreingenommen ausfallen. Die Regierung hat sich als bündnis-, alsteam- und vor allem als lernfähig erwiesen. Der manchmal bescheidene, manchmal angestrengte Pragmatismus der ersten zwei Jahre wird allerdings in Zukunft für eine Führungsmacht nicht mehr genügen. Hoffentlich reicht auch dafür die Lernfähigkeit aus.